

Astrid Segert und Irene Zierke

Regionalinitiativen – Entwicklungsressource strukturschwacher ländlicher Räume

Regional initiatives – development resource of structurally weak rural areas

Kurzfassung

Die im vergangenen Jahrzehnt entstandenen diversen Regionalinitiativen für die Stärkung des ländlichen Raums gleichen regionale Disparitäten nicht nachhaltig aus. Vor diesem Hintergrund fragt der Beitrag nach der Bedeutung politisch initiierteter Regionalinitiativen für die Entwicklung ländlicher Räume. Belegt werden Leistungen, die im Rahmen von Leader+, Regionen Aktiv und des Förderprogramms Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) erbracht werden, wie der Aufbau netzartiger Strukturen und neuartige integrierte Regionalentwicklungskonzepte. Gleichzeitig sind diese Initiativen internen und externen Risiken ausgesetzt, die ihre ökonomischen und demographischen Effekte beschränken und ihre Verstetigung gefährden. Daraus werden Schlussfolgerungen für die Raumforschung abgeleitet.

Abstract

Several regional initiatives strengthen the rural areas but can't adjust the regional disparities sustainable. Therefore in the article is discussed the importance of regional initiatives for the development rural areas. There are described innovative social outcomes of the regional initiatives Leader+, Regionen Aktiv and the support programme Integrated Rural Development (ILE) such as rural networks and integrated approaches to rural development. Discussed are also intern and extern risks these initiatives are exposed to and by which the economical and demographical effects and the stability of the new structures are limited. In the end are drawn some conclusions for regional studies.

1 Wachsende Disparitäten trotz vielfältiger Regionalinitiativen

Seit den 1980er Jahren sind Regionen im Allgemeinen und ländliche Regionen im Besonderen wieder in der Diskussion (vgl. Pieper 1987). Darin spiegeln sich grundlegende ökonomische, soziale und politische Veränderungen, die von der globalen bis zur lokalen Ebene auf sehr unterschiedliche Weise vorangetrieben werden. Nach einer nachholenden Angleichung ländlicher Räume an das sich weiterentwickelnde städtische Lebensniveau durch Anpassung an urbane Lebens- und industrielle Produktionsformen in den 1950er/60er Jahren hat eine Phase forcierter räumlicher Umstrukturierung und Umverteilungen eingesetzt, die gegenwärtig anhält und sich beschleunigt. Nicht vorrangig

Unterschiede zwischen Stadt und Land, sondern regionale Ungleichheiten quer dazu sind charakteristisch. Marsden et al. haben bereits 1993 gezeigt, dass dies durch einen tiefgreifenden Wandel von Akkumulations-, Konsumtions- und Regulationsprozessen hervorgerufen wird. Deren Formen und Resultate werden durch lineare Wachstumsmodelle nach dem Typ nachholender Modernisierung nicht erklärt.

Neue Konzepte der nachhaltigen Regionalentwicklung sind bezogen auf regionale Ungleichheiten wenig ausgearbeitet. Dies hat Konsequenzen für die Reichweite empirischer Analysen zu Veränderungen des ländlichen Raums. Der vorliegende Beitrag diskutiert diesen Wandel als Bündel kontextgebundener Konstruktionsprozesse des ländlichen Raums, an denen

nicht nur nationale und internationale, sondern auch lokale bzw. regionale Akteure und Akteurinnen aktiv teilhaben. Die in vielen europäischen Ländern politisch initiierten bzw. eigenständig entstandenen Regionalinitiativen sind an der begonnenen Rekonstruktion ländlicher Räume beteiligt. Sie haben diese in Europa bereits heute verändert, auch wenn die Effekte in den einzelnen Ländern und Regionen stark differieren und bisher insbesondere indirekte Wirkungen hervorgerufen werden (vgl. Dwyer et al. 2003; Kinsella et al. 2006; Ploeg et al. 2002; Halhead 2005).

Auch in Deutschland ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Vielzahl an Regionalinitiativen entstanden. Das belegen Fallanalysen und vergleichende Evaluationen (vgl. Laschewski/Neu 2006; Nölting/Schumacher 2006; Thomas/Woderich 2006; Knickel et al. 2006). Im Auftrag verschiedener politischer Institutionen auf Bundes-, Länder- und Regionalebene werden Aktivitäten im Rahmen des europäischen *Leader*-Prozesses¹ und der nationalen Förderprogramme *Regionen Aktiv*² und *Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)*³ begleitend analysiert und mit der praktischen Arbeit wiederholt rückgekoppelt (vgl. Plankl/Schrader 2004; BMEVL 2006a). Dadurch liegt eine Fülle an Einschätzungen der Förderpolitiken vor, während die Diskussion von Funktionen und Leistungen der Regionalinitiativen zu vertiefen ist. Die Evaluierung im Rahmen von *Regionen Aktiv* bietet dazu bisher den breitesten Ansatz. Sie diskutiert Prozesse und belegt erste Ergebnisse. So sind zwischen 2002 und 2005 in der Summe 1 464 Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen worden (BMEVL 2006a, 22).⁴ Allerdings sind dies überwiegend befristete Arbeitsverhältnisse, was auf den prekären Charakter der eingeleiteten ökonomischen Entwicklungsansätze in ländlichen Regionen verweist. Ähnliches gilt für die Beschäftigungseffekte im Rahmen von *Leader*. In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise wurden 2004 in den zwölf Lokalen Aktionsgruppen (LAG⁵) 23 Arbeitsplätze gesichert und 8,5 neu geschaffen, 55 Arbeitsplätze wurden befristet gefördert (MELFF 2005, 55).⁶ Obwohl eine Messung dieser Beschäftigungseffekte methodische Probleme aufwirft, belegt sie vorhandene Wirkungen regionaler Initiativen.

In der Gesamteinschätzung nachweisbarer Leistungen regionaler Initiativen betonen die auf verschiedenen Ebenen und zu verschiedenen Programmen vorgelegten (Zwischen-)Evaluationen vor allem „weiche“ Wirkungen. Kulturelle und soziale Effekte wie Bildung von regionalem Know-how und neuen Kooperationsbeziehungen unter verstärkter Einbeziehung von Frauen und Jugendlichen, Stärkung der regionalen Identifikation u.ä. liegen vor ökonomisch und demographisch

messbaren „harten“ Effekten wie Erschließung neuer Wirtschaftsfelder, Investitionen und Arbeitsplätze oder Abwanderungsbegrenzung. Exemplarisch heißt es im Halbzeitbericht des Wendlandes: „Mit Regionen aktiv konnte eine Aufbruchstimmung erzeugt werden. Traditionelle Gräben zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wurden überwunden“ (BMEVL 2006a, S. 17). Darüber hinaus wird bei der Evaluation von Effekten regionaler Initiativen darauf hingewiesen, dass aufgrund der kurzen Arbeits- und Beobachtungszeit verbindliche Einschätzungen noch nicht möglich sind (vgl. MCON 2003). Schlussfolgernd wird hervorgehoben, dass zur Sicherung der eingeleiteten Prozesse und der ersten messbaren Erfolge aktivierende Förderprogramme wie die oben genannten fortzuführen sind.

Parallel zu den Analysen innovativer Regionalinitiativen belegen die soziologische Ungleichheitsdiskussion sowie demographische und raumordnerische Debatten wachsende regionale Disparitäten insbesondere zwischen Wachstumsgewinnern und Schrumpfungsverlierern unter den Regionen. Die Zahl an Regionen mit ausgeprägten Defiziten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erhöht sich (vgl. Krönert et al. 2006; PROGNO 2004). Als deren wichtigste Ursache werden ökonomische Schwächen ausgemacht, die vorzugsweise im Mangel an wirtschaftlicher Diversifizierung bei gleichzeitigem Abbau an Beschäftigungsmöglichkeiten, unzureichender Infrastruktur und letztlich ungenügender Wettbewerbsfähigkeit wurzeln. Die Abwanderung von Erwerbs- und Ausbildungsfähigen und auch überproportionale Überalterungen und Geburtenrückgänge sind die Folge (vgl. BBR 2004). Strukturschwache ländliche Regionen sind von diesen Prozessen besonders betroffen (vgl. Segert/Zierke 2005). Angesichts dessen hat eine breite Diskussion über das Gleichwertigkeitsziel der Raumordnungspolitik in allen Regionen begonnen (vgl. BBR 2006; ARL 2006; Hahne 2005; Barlösius 2006). Die jeweiligen Standpunkte beziehen sich häufig nicht explizit auf die Bedeutung der Leistungen von Regionalinitiativen für ländliche Entwicklung, haben aber impliziten Einfluss auf deren Bewertung.

Wie die kurze Gegenüberstellung zeigt, kommen räumliche Ungleichheitsanalysen und Analysen von Regionalinitiativen in Bezug auf die Entwicklung ländlicher Räume in der Regel zu unterschiedlichen Ergebnissen. Sie bewegen sich bisher eher in getrennten Diskursen, die sich nur punktuell berühren. Häufig steht einer gewissen Euphorie auf der einen Seite ein verdeckter Fatalismus auf der anderen gegenüber. Analysen von regionalen Ungleichheiten und von regionalen Initiativen stärker zu verzahnen, ist daher eine wichtige Aufgabe.

Vor diesem Gesamthintergrund wird im Folgenden der Frage nachgegangen, welche Bedeutung politisch initiierte Regionalinitiativen für den Abbau regionaler Disparitäten und für eine zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Räume spielen bzw. spielen können. Die Verfasserinnen diskutieren dies ausgehend von verschiedenen Argumentationen aus soziologischen und politikwissenschaftlichen Debatten und der Raumforschung sowie auf der Basis eigener empirischer Analysen von Regionalinitiativen in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Brandenburg.⁷

2 Regionalinitiativen – lokale Projektträger oder ländliche Netzwerke?

Eine der wichtigsten Leistungen der verschiedenen Regionalinitiativen besteht in Ansätzen zur regionalen Vernetzung im ländlichen Raum. Netzwerke sind Beziehungsmuster des wiederholten lateralen Austauschs von Wissen und Ressourcen zwischen interdependenten, aber formal selbständigen Akteuren, die das Verhalten der an ihnen beteiligten Menschen bzw. Organisationen in Abhängigkeit von deren Stellung im Netz beeinflussen (vgl. Powell 1996; Segert/Zierke 2004). Nach ihrer Reichweite können lokale, regionale und überregionale bis hin zu globalen Netzen unterschieden werden.

Regionalinitiativen sind kollektive Akteure, die sehr unterschiedliche Beziehungen aufbauen können, darunter auch Vernetzungen. Lokale Aktionsgruppen, wie sie im Rahmen der Leader-Programme der Europäischen Union initiiert wurden, sind unabhängig von ihrem Namen ihrem Charakter nach häufig regionale Aktionsgruppen. Sie beziehen sich nicht auf einen punktuellen Ort, sondern auf einen naturräumlich, ökonomisch oder kulturell definierten Raum, der i. d. R. verschiedene Gemeinden unterschiedlicher Größe einbezieht. Die durch die EU präferierte Bezeichnung „lokal“ soll zum einen ihren Aktionsradius auf der unteren Ebene und zum anderen den Selbstorganisationscharakter dieser Aktionsgruppen gegenüber verwaltungstechnisch abhängigen Akteuren betonen (vgl. EU 2000; EU 2005). Damit wurde ein Sammelbegriff geschaffen, der entscheidende Leistungen dieser kollektiven Akteure verdeckt. Sie liegen zum einen in ihrer interkommunalen Reichweite, die sich besser im Begriff der Regionalinitiativen ausdrückt. Diese im Bewusstsein der Beteiligten und verstärkt auch in der Öffentlichkeit zu verbreiten, erscheint als eine wichtige Aufgabe, da sich viele ökonomische, demographische und ökologische Probleme gerade im ländlichen Raum nicht mehr auf lokaler Ebene lösen lassen. Das betrifft insbesondere

die Sicherung bzw. Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen sowie die angemessene Sicherung bzw. den Aufbau sozialer und technischer Infrastrukturen.

Zum anderen lassen sich in vielen Regionen Vernetzungstendenzen zwischen regionalen Akteuren erkennen. Als Beispiel erfolgreicher regionaler Vernetzung kann der Wirtschaftsraum Spreewald im Land Brandenburg gelten. Zwei Leader-Aktionsgruppen⁸, die in diesem Raum gebildet wurden, sind ebenso wie die Initiative des Landkreises Dame-Spreewald im Rahmen des ILE-Programms Teil eines größeren regionalen Netzes (vgl. www.spreewald-erlebnis.de). Es umfasst Akteure aus drei Landkreisen. Sie gehören einem historischen Wirtschafts- und Lebensraum an, dessen Schwerpunkte die Gemüseproduktion und -verarbeitung sowie das Leben am Wasser sind. Darüber hinaus können die politisch angestoßenen Regionalinitiativen Leader+ und ILE auf die Erfahrungen aus früheren regionalen Aktivitäten zurückgreifen, so auch auf die Arbeit der LeaderII-Region Spreewald 1995–1999. Die gegenwärtig politisch initiierten Aktivitäten sind gewissermaßen räumlich und zeitlich eingebettet in eine seit 1989 wiederbelebte Region.

Im Spreewälder Regionalnetz ist eine Vielzahl unterschiedlicher individueller und kollektiver Akteure beteiligt. Bürger und Bürgerinnen, Unternehmer und Unternehmerinnen aus dem Agrar- und Ernährungssektor, dem Tourismussektor, aber auch anderer Dienstleistungsbereiche, Vertreter und Vertreterinnen öffentlicher Dienstleistungseinrichtungen, der betroffenen Landkreise, einer ganzen Reihe Städte und Gemeinden sowie verschiedener Berufsverbände, kultureller und örtlicher Vereine und des Biosphärenreservats sind regionsintern, mit überregionalen Vereinen sowie transregional verbunden. Diese vielgestaltigen Beziehungen sind inzwischen nicht mehr nur informeller Natur. Sie werden formell durch den Spreewaldverein e.V. und dessen Regionalbüro koordiniert. Allein der Regionalverein hat über 100 vorrangig kollektive Mitglieder (vgl. ebda.). Nach Zahl und Heterogenität der Beteiligten, aber auch durch ihre Mischung an informellen und formalisierten Beziehungen hat die Region bereits ein enormes Netzpotenzial aufgebaut, das andere Regionalinitiativen wegen einer selbst aufgelegten regionalen Begrenzung oder bisher mangelnder Vernetzungserfahrungen nicht oder noch nicht aufweisen. Dadurch gelingt es regionalen Netzwerken wie dem im Spreewald, am Markt konkurrierende Wirtschaftsakteure sowie Akteure unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationsstrukturen im Interesse einer nachhaltigen Regionalentwicklung teilweise kurzfristig projektbezogen wie teilweise vertraglich längerfristig zu verbinden. Damit unterscheiden sie sich von rein

projektbezogenen, stark informellen ökonomischen Netzwerken, in denen schwache Beziehungen dominieren (vgl. Grabher/Ibert 2005).

Neben den Beziehungsformen sind auch die im Spreewälder Regionalnetz bearbeiteten Gegenstände und Problembereiche stark heterogen und in der Regel auf Teilnetze bezogen. Diese Unterschiedlichkeit der Aufgaben und Teilinteressen sowie die knappen Ressourcen bedingen hier wie in anderen Regionalnetzen Interessenwidersprüche und Konkurrenzen, die regulativer Mechanismen bedürfen. Gleichwohl bilden sie einen wichtigen Antrieb für die Dynamik im Netz. Regionalnetze sind kein Ort reiner Kooperation. Auch in ihnen überlagern sich Kooperationen auf bestimmten Gebieten und Konkurrenzen bzw. Rivalitäten auf anderen, die teilweise dieselben Akteure betreffen. Wenn Rivalitäten durch besonders einflussreiche Netzteilnehmer auf Kosten anderer Beteiligten unterdrückt werden, wird dadurch die Schließung des Netzes im Sinne einer Kartellbildung befördert und das innovative Potenzial zugunsten der Netzsicherung strukturell untergraben.

In diesem Zusammenhang ist auch die Funktion des Spreewälder Regionalbüros zu sehen, das als Regionalmanagement⁹ der Leader-Gruppe sowie im Rahmen des ILE gefördert wird. In diesem Fallbeispiel stellt das Regionalmanagement selbst weder ein Zentrum im Sinne einer hierarchischen Entscheidungskompetenz noch eines dominierenden Wissenspools dar. Probleme des ersten Typs treten in lokalen Aktionsgruppen durchaus auf. Sie zeigen sich jedoch häufiger in Strukturen, die aus Hierarchien heraus Netzbeziehungen aufbauen, etwa in der interkommunalen Verwaltungskooperation (vgl. Kersting 2006). Probleme des zweiten Typs zeigen sich hingegen häufig in kleinen, gruppenähnlichen Regionalinitiativen. In ihnen ist nicht selten ein Großteil der Akteure ohne den intensiven und direkten Kontakt mit den Regionalmanagern oder -managerinnen nicht in der Lage, praxistaugliche Projektideen zu entwickeln und zu verwirklichen. Es fehlt an Wissen und Handlungskompetenzen. Solche kleinen lokalen Arbeitsgruppen gewinnen durch überregionale Vernetzung einen tragfähigen Handlungsrahmen, der die kritische Masse für entwicklungsfähige Projekte erreicht. Dadurch werden lokale Ressourcen geschont und externe Unterstützung erschlossen. Durch Teilhabe an überregionalen Vernetzungen wird der dezentrale Wissensaustausch mit lokalen Aktionsgruppen sowie deren Spezialisierung und damit Wettbewerbsposition befördert. Die unersetzliche Funktion eines Regionalbüros in vernetzten Regionalinitiativen besteht somit vorrangig in der Koordination unterschiedlicher Aktivitäten und Interessen. Wie die Analyse verschiedener regionaler Netze zeigt, kann sie unterschiedliche For-

men annehmen. Entscheidend ist in jedem Fall die Ablösung der jeweiligen Vermittlungsorganisation von kurzfristigen Förderprogrammen oder anderen einseitigen Abhängigkeiten.

Verallgemeinert man die Vernetzungstendenzen erfolgreicher Regionalinitiativen, so zeigt sich, dass lokale Aktionsgruppen als kleinräumliche kollektive Initiativen, wie sie durch europäische und nationale Förderprogramme in den vergangenen Jahren gefördert wurden, insbesondere dann sinnvoll sind, wenn sie entweder ein klar umrissenes Problem bearbeiten wollen oder aber in der Region noch keine größeren Netze aktiv sind. Das heißt, dass in Regionen mit gering entwickeltem sozialem Kapital auch zukünftig kleine lokale Initiativen gefördert werden sollten, selbst wenn sich im Wettbewerb um Fördermittel andere Regionen aufgrund ihrer bisherigen Vernetzungserfolge besser positionieren können. Wenn derartige unterschiedliche Entwicklungstempi in flexiblen Förderungen beachtet werden, bleiben Entwicklungschancen auch über die Zeit für alle Regionen prinzipiell offen, ohne dass diese ihren Wettbewerbscharakter verlieren müssen. Darüber hinaus erscheint die Zeit reif dafür, nicht nur in Modellregionen größere regionale Netzwerke aufzubauen bzw. zu stärken. Erfolgreiche urbane Zentren beweisen, dass sie gerade durch den Aufbau industrieller Cluster ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern (vgl. Porter 1998). Warum soll diese Erkenntnis nicht gezielt für die ländliche Entwicklung genutzt werden? Nur so können auch bisher ressourcenarme ländliche Regionen wettbewerbsfähig werden und wieder an Attraktivität für den Austausch mit urbanen Regionen gewinnen.

3 Das Problem der Instabilität ländlicher Netzwerke

Es wurde bereits darauf verwiesen, dass nicht alle Regionalinitiativen netzförmige Strukturen aufbauen. Und selbst jene, die damit begonnen haben, sehen sich Problemen ausgesetzt. Nicht alle sind so robust wie das beschriebene Regionalnetz im Spreewald. Im Gegenteil: Für die Mehrheit der politisch angeregten Regionalinitiativen stellt die Stabilisierung der eingegangenen Beziehungen eine schwierige Aufgabe dar.

Für einen Teil der Regionalinitiativen liegt eine wichtige Ursache dafür in den eng begrenzten Förderzeiten, die für die Bildung von regionalen Netzen in der Regionalpolitik bisher eingeplant werden. Wo es kaum historische Vorformen regionaler Vernetzung gab, standen die Akteure und Akteurinnen beim Aufbau von lokalen Aktionsgruppen im Rahmen von Leader oder Regionen Aktiv vor dem Problem, gleichzeitig Projektarbeit zu betreiben und neuartige Beziehungen aufzubauen.

Bei industriellen Netzwerken wird diese Doppelbelastung als besonderes Entwicklungsproblem in der Aktivierungsphase ökonomischer Netze beschrieben. Es entsteht insbesondere dann, wenn für die Projektentwicklung sensible Informationen ausgetauscht werden müssen, wofür noch keine hinreichenden sozialen Voraussetzungen vorhanden sind. Die Beteiligten kommen unter diesen Bedingungen in Interessenkonflikte zwischen Selbstschutz und Kooperation. In regionalen Netzwerken geht es selten um patentgeschütztes Wissen, aber immer auch um das Wissen über den Zugang zu knappen Ressourcen. Darüber hinaus entsteht hier häufiger das Problem der Überlastung von Akteuren, die sich beiden Aufgabenbereichen widmen. Diese Erfahrung wird insbesondere von Regionalmanagern häufig berichtet.

Ein weiteres Problem entsteht für jene Regionalinitiativen, die sich bereits im Übergang von der schwierigen Aktivierungsphase ihres Regionalnetzes in dessen Etablierungsphase befinden. Netzstrukturen, die in der Aufbauphase extern gefördert wurden und die ursprünglich mit viel Kraftaufwand ihre Beziehungen eher informell gestalteten, müssen nun in selbst tragende Formen überführt werden, um nicht zu zerfallen. Eine Ursache für die damit verbundenen Probleme liegt im öffentlichen Charakter der Güter, die Netzwerke schaffen. Diese stehen allgemein zur Verfügung, auch denen, die sich wenig oder gar nicht dafür engagiert haben. Das Problem des Trittbrettfahrens wurde im Zusammenhang mit der Entstehung netzartiger Strukturen bereits prominent beschrieben. Die Analyse zeigt, dass auch ländliche Netzwerke davon betroffen sind. So lassen sich beispielsweise Gewöhnungseffekte an die fördertechnische Finanzierung von Koordinierungsleistungen nachweisen, die eine geregelte Eigenfinanzierung zwischen unterschiedlich leistungsstarken Netzteilnehmern nach der Implementierungsphase erschweren können. Auch der Zugang zu den durch die Regionalinitiativen angesammelten Erfahrungen für die Einwerbung von Fördermitteln steht allen offen, unabhängig davon, ob sie sich über ihr eigenes Projekt hinaus engagieren oder nicht.

Das Problem der Instabilität von regionalen Netzwerken in den verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung wurde bereits bei anderen regionalen Netzwerken nachgewiesen (vgl. Segert/Zierke 2004). Es erwächst allgemein aus der Freiwilligkeit, der größeren Offenheit und Informalität netzartiger Beziehungen, die alle Phasen ihrer Entwicklung betreffen. Sie erfordern den Aufbau besonders sensibler Formen der Risiko- und Abstimmung, die jedoch die Souveränität der Beteiligten erhalten sowie deren Teilinteressen mit der all-

gemeinen Entwicklung des Netzes verbinden. Dieser Prozess kann als Institutionalisierung von Netzwerken beschrieben werden (vgl. ebda.). Das bedeutet, regionale Netzwerke müssen gepflegt werden, sie erhalten sich in der Regel nicht automatisch, gewissermaßen als Abfallprodukt der gemeinsamen Arbeit. Die Institutionalisierung von Regionalnetzen bedarf gesonderter Ressourcen und Aktivitäten. Als Ressourcen werden häufig besondere kommunikative Fähigkeiten diskutiert. Teilweise wird auch die Bedeutung von geeigneten Räumen oder technischen Mitteln hervorgehoben. Auch sie sind wichtig. Darüber hinaus bedarf es jedoch der Ausdifferenzierung eigenständiger Kommunikationsstrukturen, in denen der Pflege der netzinternen Beziehungen eine eigenständige Bedeutung neben der Projektarbeit beigemessen wird. In ihnen steht die Bestärkung und Kontrolle von Verhaltensmustern im Mittelpunkt, die als netztypisch und -stärkend oder als netzschädigend angesehen werden. Die Art dieser Beziehungen kann eher implizit gestaltet werden, sofern sich die Verhaltensweisen der Akteure ähneln bzw. kompatibel sind. Entstehen in der Zusammenarbeit größere Differenzen, müssen allgemein tolerierbare Gepflogenheiten erst explizit erarbeitet und durchgesetzt werden. Implizitere Regelungsformen bilden sich möglicherweise erst sehr viel später. Ohne die erfolgreiche Regelung von Konflikten werden sich gerade in offenen Regionalnetzen einige Akteure von der Zusammenarbeit zurückziehen.

Wie die Analyse zeigt, haben zwar nicht nur urbane, sondern auch ländliche Regionen prinzipiell die Möglichkeit, regionale Netze zu bilden. Die aktuellen Förderprogramme haben Vernetzungsaktivitäten in Gang gesetzt, wo sie die Öffentlichkeit ursprünglich in ländlichen Räumen nicht vermutet hat. Dennoch zeigen die Analysen, dass diese Prozesse in den einzelnen Regionen unterschiedlich rasch vorangetrieben werden. Dadurch werden ländliche Netzwerke selbst zu einer wichtigen sozialen Entwicklungsressource, die räumlich unterschiedlich verteilt ist. Dies wird zunehmend mit dem Begriff des sozialen Kapitals erfasst (Francois 2002; Bourdieu 1983). Es sind nicht die Ergebnisse aus den einzelnen Regionalprojekten, sondern vielmehr die unterschiedlichen Entwicklungstempi und -stadien ländlicher Netzwerke, die den Abbau von Disparitäten begünstigen und ihn gleichzeitig beschränken. Diese widersprüchliche Wirkung regionaler Vernetzung auf die Ressourcenausstattung von ländlichen Räumen kann nicht aufgehoben werden. Ihr kann nur in begrenztem Maße durch eine differenzierte Förderung gegengesteuert werden, die sich an den verschiedenen Phasen der Vernetzung und den bereits vorhandenen bzw. notwendigen Ressourcen unterschiedlicher ländlicher Räume orientiert.

4 Regionale Entwicklungskonzepte – integrierte Ansätze und partizipative Verfahren

Als zweite wichtige Leistung regionaler Initiativen wird in der Diskussion und in zahlreichen Evaluierungen die Erarbeitung integrierter regionaler Entwicklungskonzepte (REK) auf der Basis von regionalen Stärken-Schwächen-Analysen hervorgehoben. Spätestens seit den 1980er Jahren hat es sich in der Regionalpolitik durchgesetzt, Entwicklungskonzepte auf die regional zutreffenden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu beziehen und Entwicklungsziele mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen. Regionale Planungsgemeinschaften wenden sie an, um längerfristige Strategien für größere Gebiete zu entwickeln (vgl. RPG Prignitz-Oberhavel 2000), Wirtschaftspolitiker nutzen sie für den Nachweis und die Profilierung von Standortqualitäten (vgl. Brockfeld 1997), Landkreise führen in Kreisentwicklungsplänen weiterreichende Planungen und Schwerpunktsetzungen für ihr Verwaltungsgebiet aus (vgl. Ludwig 2005). Die von den Förderprogrammen Leader+ und Regionen Aktiv geforderten regionalen Entwicklungskonzepte können daher in gewissem Maße auf vorliegenden Planungsdokumenten aufbauen, sehen sich dabei aber mit dem Problem der Mehrfachplanung konfrontiert. Beispielsweise lagen im November 2002 allein in Mecklenburg-Vorpommern 56 regionale Entwicklungskonzepte vor, die von einzelnen Amtsbereichen, regionalen Planungsverbünden, Biosphärenreservaten, Naturparks sowie im Rahmen von Leader+ und Regionen Aktiv erarbeitet wurden. Jeder Quadratkilometer des Landes wurde dreifach durch regionale Entwicklungskonzepte beplant (IUGR 2002, S. 1).

Ist die Erarbeitung solcher Konzepte angesichts dieser Fülle an Planungsdokumenten noch eine außerordentliche Leistung? Wo liegt ihr besonderer Wert bzw. unter welchen Voraussetzungen können sie diesen entfalten?

Regionale Entwicklungskonzepte richten sich auf einen bestimmten, abgrenzbaren Raum: die Region. Das allein macht nicht ihre Besonderheiten aus. Im Rahmen von Leader+ und Regionen Aktiv werden sie darüber hinaus in vielen lokalen Aktionsgruppen erstens unter breiter Beteiligung regionaler Akteure erarbeitet und umgesetzt und zweitens als raumbezogene sektor- und ebenenübergreifende Handlungsstrategie konzipiert. Aktionsgruppen, die diese Handlungsprinzipien konsequent verfolgen, lösen i. d. R. neue Entwicklungsimpulse aus, indem regionale Kräfte direkt angesprochen, gebündelt sowie in eine gemeinsame Strategie und Praxis integriert werden. Sie formen an einem Instrument politischer Steuerung mit, das eine breitere zivil-

gesellschaftliche Beteiligung an regionalen Prozessen herausfordert, weil es lokale Interessen weckt. Diese Praxis entwickelte sich in Folge verstärkter wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten unterhalb der staatlichen, auf der regionalen Ebene.

Mit der Aufwertung von Regionen als Handlungsebene wurde im Rahmen politikwissenschaftlicher Ansätze das Konzept der Regionalisierung als Politikform entwickelt (vgl. Benz et al. 1999). In ihm wird das Prinzip der Subsidiarität unterschiedlicher Politikebenen betont, durch das eine Balance zwischen hoheitlich-staatlicher Steuerung und regionaler Selbststeuerung erreicht werden soll, wobei letztere durch Einbeziehung breiter regionaler Potenziale überhaupt erst ermöglicht wird (vgl. Reißig/Thomas 2006). Nach dem Regionalisierungsansatz sind neben den politisch legitimierten Repräsentanten verschiedene gesellschaftliche Kräfte nicht nur als Adressaten, sondern als Vertreter organisierter Interessen an der Konzipierung regionaler Entwicklung und deren praktischer Gestaltung eigenständig beteiligt (vgl. Benz et al. 1999; Fürst 2004). Regionale Initiativen im Rahmen von Leader+ oder Regionen Aktiv folgen diesem Ansatz, indem sie neben staatlichen auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure für die Konzipierung und Realisierung regionaler Entwicklungen mobilisieren. Im Rahmen von Leader+ beispielsweise schließen sich in einem ersten Schritt regionale Vereine, Unternehmen und Einzelpersonen in Aktionsgruppen zusammen und erarbeiten in mehr oder weniger intensiver Zusammenarbeit mit verschiedenen Verwaltungsebenen ein regionales Leitbild. In einem längeren Abstimmungsprozess wird es durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Projekte konkretisiert und mit regionalen Kapazitäten abgeglichen. Ihre besondere Wirkung entfalten diese Entwicklungskonzepte durch ihre praktische Einbindung in die Arbeit der Aktionsgruppen, die Verantwortung bis hin zur Realisierung vielgestaltiger und örtlich verteilter Projekte übernehmen. Die Gefahr rückläufiger Beteiligung regionaler Akteure konnten verschiedene Aktionsgruppen durch eine andauernde Rückkopplung in die Region reduzieren, beispielsweise durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.

Ein weiterer Vorzug eines Regionalen Entwicklungskonzepts im Rahmen von Leader+ und Regionen Aktiv kann sich aus der Qualität der erarbeiteten Analyse regionaler Stärken und Schwächen ergeben, wenn diese sich nicht auf wirtschaftliche und infrastrukturelle Standortfaktoren beschränkt, sondern soziale und ökologische Faktoren einbezieht. Angesichts komplizierter soziodemographischer Entwicklungen sind Regionen angehalten, diese zum Ausgangspunkt für regionale Strategien zu machen. In problemorientierten Ent-

wicklungskonzepten geht es sowohl um die Unterstützung direkter wirtschaftlicher Initiativen, die regional tragfähig sind, als auch um soziale Stabilisierungen bzw. Verbesserungen vor Ort als Bedingung wirtschaftlicher Prozesse. Auf diese Weise können regionale Handlungsressourcen freigesetzt werden, die das soziale Kapital oder die kulturelle Attraktivität einer Region erhöhen oder ihre natürliche Ausstattung stärker zur Geltung bringen. Gerade strukturschwache Gebiete verlieren seit längerer Zeit wichtige soziale Ressourcen, weil Jüngere und fachlich gut Qualifizierte abwandern (vgl. BBR 2005b). Regionalinitiativen wirken solchen Tendenzen entgegen, indem sie soziale bzw. kulturelle Projekte entwickeln, mit denen Träger fachlicher Kompetenzen für wirtschaftliche Prozesse in der Region gehalten werden.

Ein Beispiel für dieses problemorientierte Vorgehen gibt der brandenburgische Landkreis Uckermark, eine Region, die zu den strukturschwächsten deutschlandweit gehört. Hier wurde im Rahmen des Förderprogramms ILE ein Regionalkonzept (ILEK) erarbeitet, in dem neben klassischen wirtschaftlichen Schwerpunkten auch die Daseinsvorsorge als zentrale Entwicklungsaufgabe definiert wird. Der Landkreis versucht, Probleme in der Versorgung des ländlichen Raums beispielsweise durch die Organisation familien- und seniorengerechten Wohnens oder den Aufbau regionaler Sozial- und Kulturzentren in der Fläche zu verringern. Gelingt es darüber hinaus, durch regionale Auftragsvergabe Beschäftigungseffekte im Baugewerbe und in den sozialen Dienstleistungen zu erreichen, werden zum einen die Attraktivität der Region als Wohnstandort erhalten bzw. bedürfnisgerecht entwickelt, zum anderen regionale Arbeitsplätze gesichert bzw. im sozialen Bereich in kleinem Umfang neu geschaffen. In strukturschwachen ländlichen Gebieten wie der Uckermark erscheint eine solche Doppelstrategie der einzig realistische Weg, um die Region zu stärken. Sie sieht Regionalentwicklung als mehrdimensionalen Prozess, der auch für ressourcenreichere ländliche Regionen an Bedeutung gewinnt.

Das Beispiel der Uckermark verweist als weitere Qualität regionaler Entwicklungskonzepte im Rahmen von Leader+, Regionen Aktiv oder ILE auf deren ziel- und aufgabenintegrierenden Charakter. In der niedersächsischen Regionalinitiative Wendland bzw. Elbtalaue¹⁰, die sowohl über Leader+ als auch über Regionen Aktiv gefördert wird, lautet die regionale Entwicklungsstrategie beispielsweise „Mit voller Energie voraus“ (KoRis 2001, 57). Die besondere Rolle dieser Region in der Anti-Kernkraft-Bewegung, die Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile dafür und ihre daraus hervorgegangene Vorreiterrolle beim Aufbau regenerativer Energie-

systeme werden im Regionalen Entwicklungskonzept als identitätsstiftend bestimmt. Folgerichtig wird als primärer Handlungsbereich in dieser Region die alternative Energiegewinnung definiert. Damit entwickelt das Wendland beispielhaft eine Vision, die auf eine landwirtschaftsferne innovative Branche für die Regionalentwicklung setzt und verstärkt Wirtschaftsakteure anderer Bereiche als mögliche Zulieferer oder Nutzer von regionalen alternativen Energiesystemen einbezieht. Und: Auch für Landwirte erschließen sich vor Ort neue Handlungsfelder. Staatliche und gesellschaftliche Akteure konzentrieren ihre Arbeit auf einen allgemein entwicklungsträchtigen Sektor, der in ihrer Region auf ein besonderes Erfahrungs- und Motivationspotenzial aufbauen kann (vgl. BMEVL 2006b).

5 Der informelle Charakter regionaler Entwicklungskonzepte

Die Realisierung der ausgeführten Potenziale regionaler Entwicklungskonzepte ist schwierig, was auch aus der Konstruktion dieses Instruments selbst erwächst. Es entsteht erstens als Form regionaler Selbststeuerung durch Initiative von unten. Die Kehrseite des Bottom-up-Prinzips ist allerdings, dass die Interessen der regionalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure in Konflikt zu den hoheitlichen Interessen geraten können. Regionale Entwicklungskonzepte beziehen sich zweitens auf Regionen, die nicht mit politischen Verwaltungsstrukturen übereinstimmen müssen (vgl. Fürst 2002; Heintel 1998). Daraus erwächst das Problem, dass sie keine klare Zuordnung zu bestehenden politischen Strukturen, keine zwingende Einordnung in laufende Verwaltungsprozesse erfahren müssen. Drittens tragen regionale Entwicklungskonzepte keinen bindenden Charakter wie andere räumliche Planungsinstrumente. Dadurch können Regionalinitiativen in ihrer Wirkung eingeschränkt werden.

Angeichts dieser erschwerenden Bedingungen werden regionale Initiativen gedrängt, die Differenzen zu bestehenden Strukturen möglichst gering zu halten bzw. ihre Eigenständigkeit selbst einzuschränken, wenn sie wirksam werden wollen. Solche Strategien sind insbesondere dann erfolgreich, wenn sich regionale Initiatoren mit bestehenden Verwaltungen auf kommunaler bzw. Landkreisebene oder aber von Biosphärenreservaten etc. verbünden und so deren fachlichen oder aber personellen Ressourcen nutzen können. Das gelingt beispielsweise im Wendland, wo Landkreise und Kommunen gemeinsam mit interessierten lokalen Akteurinnen und Akteuren ein regionales Entwicklungskonzept erarbeitet und auf dieser Basis regionale Initiativen im Rahmen von Leader und Regionen Aktiv

ausgelöst haben. In diesem Fall ist eine intensive Zusammenarbeit zwischen lokalen Aktionsgruppen und Verwaltung gelungen, obwohl sich der regionale Zugschnitt von Leader und Regionen Aktiv von den bestehenden Verwaltungsstrukturen unterscheidet. Genau diese Differenz zwischen bestehenden Verwaltungsstrukturen und dem Territorium einer initiierten Region blockiert in zahlreichen anderen Fällen die organisatorische Aufstellung oder spätere Profilierung von Regionalinitiativen im ländlichen Raum.¹¹

Auf andere Weise werden Regionalinitiativen von hoheitlichen Strukturen abhängig, wenn sie direkt auf Mitarbeiter der Verwaltung zurückgreifen. In einigen Leader-Regionen Mecklenburg-Vorpommerns beispielsweise führen diese die Geschäfte der lokalen Aktionsgruppe (mit). Daraus erwachsen zwar gute Chancen, die konzeptionelle und praktische Arbeit regionaler Akteure in die laufende Arbeit einzubinden und regionale Schwerpunktaufgaben gemeinsam mit der Verwaltung zu realisieren. Zudem werden Regionalinitiativen von Personalkosten entlastet. Gleichwohl ist diese Überlagerung der Interessen von Verwaltungs- und Regionalinitiativen problematisch. Selbst bei solchen positiven Beispielen wie der Leader-Region Wendland besteht durchaus der Anspruch der regionalen Akteure, ihre Eigenständigkeit zu bewahren und originäre Ideen umzusetzen. Angesichts ihrer strukturellen Abhängigkeit gelingt das nicht immer.

Ein weiteres Problem regionaler Entwicklungskonzepte besteht in ihrer Verbindung mit formellen Planungsinstrumenten. Bei regionalen Entwicklungskonzepten handelt es sich um informelle Instrumente. Ihr Vorzug besteht darin, dass sie flexibel, problembezogen und handlungsorientiert angelegt sind (vgl. Ludwig 2005). Sie sind jedoch nicht rechtsverbindlich für die Raum- und Regionalplanung. Das meint nicht fehlende Kontrolle. Bestätigte regionale Entwicklungskonzepte unterliegen strengen Abrechnungsmodi, ihre Umsetzung wird evaluiert, verausgabte Mittel und erzielte Erfolge werden nachgewiesen etc. Darüber hinaus liegt es jedoch im Ermessen der verantwortlichen Verwaltungen, die entwickelten Konzepte und Projekte zu unterstützen und als sinnvolle Ergänzung der Regionalentwicklung zu behandeln. Wie die vorliegenden Analysen belegen, gibt es in mehreren Regionen Beispiele mangelnder bzw. fehlender Kooperation zwischen lokalen Aktionsgruppen und der verantwortlichen Landkreisebene sowohl bei der Bereitstellung von Infrastruktur als auch bei der Bestätigung vorgeschlagener Projekte. Begründet wird diese ungenügende Unterstützung meist mit Überschneidungen regionaler Projekte. Das Problem besteht aber vorrangig in unzureichender Abstimmung regionaler Schwerpunkte zwischen lokalen

Aktionsgruppen und Verwaltung sowie zwischen regionalen und überregionalen Planungsebenen. Einen verbindlichen Charakter erhalten regionale Entwicklungskonzepte nur dann, wenn es gelingt, Schwerpunkte in formellen Planungsdokumenten zu verankern. Das gelingt vorzugsweise durch investive Vorhaben im Rahmen von Leader und ILE und deren Festschreibung in regionalen Planungsdokumenten.

6 Grenzen des Konzepts der endogenen Regionalentwicklung

In den bisherigen Ausführungen wurde dokumentiert, dass Regionalinitiativen durch ihr wirtschaftliches und soziales Engagement und ihren kooperativen Charakter leistungsfähig sind. Ihre materiell messbaren Erfolge wie die Entwicklung regionaler Arbeitsmärkte, differenzierter Angebote zur Daseinsvorsorge oder die Stärkung kleiner Unternehmen sind prinzipiell geeignet, regionale Disparitäten mittelfristig zu reduzieren. Ungeachtet entsprechender Teilerfolge gelingt es in fernen ländlichen wie in deindustrialisierten urbanen Regionen in der Regel nicht, Entwicklungsblockaden nachhaltig zu überwinden. Im Gegenteil: Viele dieser Regionen halten der Konkurrenz starker Regionen nicht stand, regionale Disparitäten nehmen in der Bilanz eher zu. Wie erklärt sich dieses anhaltende Auseinanderdriften, obwohl verschiedene Voraussetzungen regionaler Entwicklung nicht zuletzt in Gestalt aktiver Regionalinitiativen auch in schwächeren Gebieten wirksam sind?

In der Diskussion zu dieser Frage wird überwiegend davon ausgegangen, dass in allen Regionstypen spezifische endogene Entwicklungspotenziale wirksam sind, an denen angeknüpft werden kann (vgl. u.a. Segert/Zierke 2006, Thomas/Woderich 2006). In den 1980er Jahren wurde mit genau diesem Anspruch das Konzept der regionalen Entwicklungspotenziale (vgl. Scheer 1983, Scharff 1993) entworfen, das angesichts bestehender bzw. anwachsender Ungleichgewichte zwischen den Regionen einem weiteren Zurückbleiben schwächerer Gebiete zu begegnen sucht. Es zielt auf die Nutzung aller sozialen, ökonomischen und ökologischen Potenziale einer Region. Mit endogenen Entwicklungspotenzialen verbindet sich die Vorstellung einer sich in der Region entfaltenden Eigendynamik der Entwicklungskräfte (vgl. Hahne 1984) und von Partizipation der regionalen Akteure. Sie wird als subsidiär orientierter integrierter Entwicklungsansatz „von unten“ verstanden und beinhaltet als Kernelement die Hilfe zur Selbsthilfe (Schöne 1997, S. 105). Dieser Anspruch wird mit unterschiedlicher Reichweite ausformuliert. Eine erste Konzeptvariante zielte auf *eigen-*

ständige Regionalentwicklung. Sie baut insbesondere auf Partizipation, informellen Strukturen und nischen-ökonomischen Projekten auf (vgl. Stiens 1990). Darüber hinausweisende Überlegungen thematisieren hingegen eine *innovationsprozessorientierte* Regionalentwicklung, die auf den Ausgleich von Standortnachteilen im Regionenwettbewerb zielt und endogene Kompetenzen, vorzugsweise soziokultureller Art, darauf bezieht. Insofern richten diese beiden Ansätze innerhalb des Regionendiskurses einen je unterschiedlichen Fokus auf die Reichweite und Funktion endogener Potenziale. Der erste betont eher die Autonomie regionaler Entwicklung im Sinne einer Unabhängigkeit von überregionalen Prozessen, während der zweite die Heterogenität regionsinterner Potenziale als Basis und Ansatzpunkt vielfältiger Entwicklung hervorhebt. Beide lösen jedoch nicht das Problem wachsender Disparitäten durch vergleichsweise exponentielle Wettbewerbsgewinne starker Regionen.

Ungeachtet dieses ungelösten theoretischen Problems haben Strategien endogener Regionalentwicklung seit den 1980er Jahren deutschland- wie europaweit viele regionale Akteure orientiert und zum Teil zu beachtlichen praktischen Erfolgen geführt. Zudem knüpfen aktuelle Regionalpolitiken der EU, des Bundes und der Länder daran an, indem der auf die Landwirtschaft konzentrierte Subventionscharakter von Förderinstrumenten für den ländlichen Raum teilweise zugunsten anderer Entwicklungsfelder und Akteure erweitert sowie die Eigenverantwortung für regionale Entwicklung gestärkt werden. Allerdings haben sich die internationalen und europäischen Rahmenbedingungen seit den 1980er Jahren erheblich gewandelt. Der Wettbewerb der Regionen um wirtschaftliche Investitionen hat sich ebenso verschärft wie die Haushaltsituation öffentlicher Kassen. Wenn unter diesen Bedingungen die Eigenständigkeit von strukturschwachen Regionen ohne hinreichenden Bezug auf die gemeinsame Verantwortung überregionaler Politikebenen überbetont wird, dann werden ihnen Entwicklungsrisiken zugemutet, die global, europaweit oder national entstanden und rein endogen nicht zu bewältigen sind.

Die damit verbundenen Probleme werden unter anderem im Raum Berlin-Brandenburg sichtbar. Beide Länder haben ein gemeinsames Leitbild „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ erarbeitet, das die Stärkung regionaler Zentren in den Mittelpunkt stellt. Hauptsächliches Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region Berlin-Brandenburg zu stärken, indem Zuwendungen auf bestimmte Zentren konzentriert werden. Es wird erwartet, dass die daraus erwachsenden Wachstumsimpulse auf alle ländlichen Teilräume ausstrahlen, auch auf fernere strukturschwache (vgl.

Gemeinsame Landesplanungsabteilung B/B 2006). Die Konzentration öffentlicher Mittel und Anstrengungen auf erfolgversprechende Gebiete soll die bisherige Ausgleichspolitik in der Fläche ablösen, die durch überproportionale Förderung strukturschwacher ländlicher Regionen auf eine nicht erreichte nachholende Wirtschaftsentwicklung gerichtet war. In den Randregionen des Flächenlandes Brandenburg bewirkte die Umorientierung eine Verunsicherung bezüglich künftiger Entwicklungschancen. Politische und gesellschaftliche Akteure aus diesen Gebieten beteiligten sich daraufhin in den vom Land organisierten Regionalkonferenzen an der Diskussion dieses Leitbilds. Sie zeigten Stärken ländlicher Regionen auf, die bei der Umsetzung des Leitbilds zu beachten sind und aus einer urban dominierten Perspektive nicht hinreichend deutlich geworden waren. Darüber hinaus wurde darauf verwiesen, dass die strukturschwachen ländlichen Regionen des ehemaligen Äußeren Verflechtungsraums ohne hinreichende Landesunterstützung dem Wettbewerb agglomerationsnaher Regionen nicht standhalten können und dadurch Verschlechterungen der Lebensqualität trotz aktiver Regionalinitiativen eintreten werden. Im Ergebnis dieser öffentlichen Debatte ist nun in der beschlossenen Leitbild-Fassung das Ziel verankert, „Perspektiven für die ländlichen Räume zu entwickeln und diese bei der Entwicklung neuer Wirtschaftsfelder zu unterstützen“ (ebda., S. 6 f). Eine genauere Kennzeichnung landestypischer Entwicklungsperspektiven ländlicher Brandenburger Räume bleibt Aufgabe der nächsten Zeit.

Neben der in diesem Beispiel sichtbar werdenden intervenierenden Funktion von Akteuren aus Regionalinitiativen für die Raumpolitik sei darauf verwiesen, dass die vorrangige Konzentration auf vermeintliche Wachstumsbranchen und regionale Wachstumskerne der Kohäsions- und Regionalpolitik und den Anstrengungen für eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume im Rahmen des EU-Förderprogramms ELER¹² nicht entspricht (vgl. Hahne 2006). Aus der empirischen Analyse aktueller Regionalinitiativen unterstützen die Verfasserinnen Ansätze einer Raumpolitik, die gleichwertige Lebensverhältnisse fördert, indem sie deutlicher an den Leistungen und Ressourcen aller verschiedenartigen Regionstypen orientiert wird (vgl. Hahne 2005). Wenngleich einige ländliche Regionen aufgrund ihrer Ressourcenausstattung nicht zu einer wachstumsorientierten Entwicklung fähig sind, finden sich auch hier Ansatzpunkte zur Stabilisierung bzw. Initiierung regionaler Ökonomien und zur Einbindung vielfältiger Akteure, die jedoch externer gesellschaftlicher Unterstützung bedürfen (vgl. Dörre et al. 2005).

7 Ein Fazit aus der Analyse von Regionalinitiativen in ländlichen Räumen

Die hier diskutierten Analysen belegen, dass in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern Regionalinitiativen im ländlichen Raum durch eine veränderte politische Förderung gezielt ausgelöst wurden. Das in ihnen praktizierte Bottom-up-Prinzip ist also im Gegensatz zu manchen Erwartungen an entsprechende Initiativen in der Regel kein Ergebnis spontaner basisdemokratischer Aktivitäten, sondern politisch intervenierender Institutionalisierung. Insbesondere durch die veränderte Förderpolitik der EU ist es möglich geworden, in relativ kurzer Frist und in relativ vielen ländlichen Gebieten kollektive Aktivitäten zur Profilierung eigener Ressourcen anzuregen (vgl. Segert/Zierke 2006). Dieser heute verbreitete Trend zur regionalen Selbstorganisation wäre ansonsten in dieser Form und diesem Tempo nicht entstanden. Umgekehrt erklärt sich die Wirksamkeit dieses politischen Mehrebenenansatzes nicht aus sich selbst. Vielmehr trifft er auf Kräfte und Handlungsressourcen im ländlichen Raum, die dort bereits im Ansatz vorhanden waren, aber bis dahin praktisch kaum entfaltet wurden sowie auf mangelndes öffentliches Interesse stießen. Folglich geht es nicht um entweder externe Anreize oder endogene Entwicklung, sondern darum, auch Raumentwicklungsmodelle konsequent von einem Mehrebenenansatz ausgehend zu konzipieren, der bis auf die regionale und lokale Ebene reicht.

Diese Überlegungen haben Bedeutung für die aktuelle Raumdiskussion über neue Perspektiven für ländliche Räume. Sie verweisen darauf, dass eine veränderte Sicht auf ländliche Räume erst Handlungsressourcen und -prozesse sichtbar macht, die vorher in der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen wurden und teilweise auch den Akteuren selbst nicht bewusst waren. Diese veränderte Perspektive auf ländliche Regionen, verbunden mit einer partiellen Umverteilung politischer Kompetenzen, die in der europäischen Förderpolitik des ländlichen Raums bisher nur ansatzweise zum Tragen kommt, konstituiert praktisch eine neue Qualität kollektiver Akteure im ländlichen Raum. Die in der Diskussion um raumspezifische Entwicklungsperspektiven für die verschiedenen ländlichen Raumtypen verbreitete Ratlosigkeit, worin denn realitätstüchtige ländliche Entwicklungen bestehen könnten und auf welche Ressourcen aufzubauen sei, kann durch diesen prozessgeleiteten Ansatz eine konstruktive Öffnung erfahren. Zukunftsfähige Perspektiven für alle ländlichen Raumtypen sind tatsächlich erst noch zu entwickeln, indem positive wie negative Erfahrungen in einer öffentlichen Debatte systematisiert werden und

die gewonnenen Erkenntnisse in die Typenbildung der Raumordnung einbezogen werden. Der funktionsorientierte Ressourcenansatz, der bezogen auf den ländlichen Raum beispielsweise Standorte mit attraktiven bzw. problematischen Siedlungsstrukturen, landwirtschaftlichen bzw. gewerblichen Strukturen, Tourismus- und Naturschutzpotenzialen differenziert, müsste dann konsequent ergänzt werden um einen *prozessorientierten Entwicklungsansatz*, der unterschiedliche regionale Entwicklungspfade und -geschwindigkeiten in die Bewertung einbezieht (vgl. BBR 2005a).

Die Analysen belegen weiter, dass Regionalinitiativen im ländlichen Raum innovative Prozesse in Gang gesetzt haben, wie regionale und überregionale Vernetzungen und die partizipative Konzeptualisierung integrierter Regionalentwicklung. Durch ihre Aktivitäten und erste Ergebnisse nehmen Regionalinitiativen damit auf einer unteren bzw. mittleren Ebene an der Umsetzung des *neuen Paradigma(s) ländlicher Entwicklungspolitik* teil, das von der OECD als weltweiter Trend konstatiert wird (OECD 2006, S. 16). Ohne ihre Teilhabe lässt sich eine integrierte ländliche Entwicklung nicht erfolgreich realisieren. Dies gilt, obwohl die Ergebnisse regional stark differieren und die angestrebten ökonomischen, demographischen und sozialen Effekte erst mittelfristig und unter Erarbeitung regionalspezifischer Erfolgskriterien hinreichend sichtbar werden. Auch diese Überlegungen haben Bedeutung für die Raumdiskussion über neue Perspektiven für ländliche Räume.

Die Verfasserinnen leiten daraus vier Schlussfolgerungen mit raumordnerischer Relevanz ab.

Ein *erstes Fazit* besteht in der Notwendigkeit, das in Deutschland verbreitete defensive Verständnis der zu bewältigenden Veränderungsprozesse und realitätstüchtigen Perspektiven für ländliche Räume zu überwinden. Deren Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen wird eher als Abwehr von Gefahren denn als Erschließung neuer Handlungsmöglichkeiten auf der Basis regionaler Potenziale bestimmt. Sie kann mit Land/Willisch (2006, S. 54) auch als „Naturalisierung eines sozioökonomischen Umbruchs“ bezeichnet werden. Es erscheint teilweise so, als ob Entwicklungsmodelle für diese Regionen prinzipiell nicht mehr möglich und durch individuelle Entwicklungschancen zu ersetzen sind. Im Gegensatz dazu werden durch die Analyse von ländlichen Regionalinitiativen Entwicklungsansätze in allen ländlichen Raumtypen empirisch belegt, die im Disparitätendiskurs bisher nur ungenügend oder nur in ihren Negativerscheinungen thematisiert werden.¹³

Davon ausgehend unterstützen die Verfasserinnen Ansätze, in denen für die ländliche Entwicklung eine Verzahnung von Ausgleichs- und Entwicklungspolitiken konzipiert wird (vgl. Sarcinelli/Stopper 2006). Diese wiederum ist nicht ohne funktionellen sowie politischen Bezug zu allen anderen deutschen und europäischen Raumtypen zu konzipieren. Eine rein endogene Entwicklung ist nicht möglich. Folglich wird aus der Perspektive von Regionalinitiativen und entsprechenden Analyseergebnissen der aktuelle Wandel der Raumordnung nicht allein durch den Wechsel von innerstaatlichen Ausgleichsmodellen zu einem europäischen Wachstumsmodell durch metropolitane Konzentration markiert. Vielmehr geht es um ein europäisches Entwicklungsmodell, das an die verschiedenen Attraktivitäten aller unterschiedlichen Raumtypen sowie an ihre wechselseitigen Interdependenzen anknüpft und den Gedanken der differenzierten qualitativen Entwicklungen stärkt. An diesem Punkt wird von verschiedener Seite theoretisch und politisch gearbeitet (vgl. ARL 2006; EU 1999; OECD 2006; Spangenberg 2003). Die Entwicklung ländlicher Räume ist aus dieser Perspektive ebenso wie Stadtentwicklung nur in der Mehrzahl und raumtypbezogen zu konzipieren.

Als *zweites Fazit* ist ländliche Entwicklung stärker als sozialer Prozess zu definieren. Ganz allgemein könnte man sagen, dass ländliche Entwicklungen Veränderungen bezeichnen, die von den Betroffenen und Beteiligten als Verbesserung ihrer Lebensqualität wahrgenommen werden. Es geht nicht um eine ökonomische, also rein sektorale Entwicklung, die am wachsenden Bruttosozialprodukt einer Region abgelesen werden könnte und erst in ihrer Folge soziale Effekte erzielt. Anders gesagt: Ländliche Entwicklungen beinhalten wie urbane Entwicklungen räumlich und historisch geprägte Erweiterungen von ökonomischen, sozialen und ökologischen Handlungsmöglichkeiten der dort lebenden Bevölkerung. Dies bedeutet für die viel diskutierte räumliche Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen, dass es unter allen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen darum geht, in jedem Raumtyp Möglichkeiten zur Qualifizierung von historisch entstandenen Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, die individuell wie kollektiv genutzt werden können. Dies wird im Begriff der räumlichen Chancengleichheit gut ausgedrückt. Er wird durch den Begriff der Chancengleichheit zwischen sozialen Gruppen und Individuen ergänzt, kann dadurch aber nicht ersetzt werden.

Ein *drittes Fazit* betrifft die konsequente Konzipierung ländlicher Entwicklung als Handlungsansatz für alle ländlichen Räume, einschließlich dünn besiedelter ressourcenschwacher Räume. Auch für diese sollten unter

Berücksichtigung regionaler Erfahrungen Zusammenhänge mit anderen Raumtypen sowie Entwicklungspfade im wahrsten Sinne des Wortes entdeckt werden. Erst indem Perspektiven für bestimmte Räume schleichend aufgegeben werden, verlieren diese im Ergebnis unterlassener Aktivitäten und nicht naturgegeben an Attraktivität. Die Verfasserinnen vertreten die Auffassung, dass die Aufgabe jeglicher Entwicklungsziele für einen Teil ländlicher Räume schwerwiegendere Folgen hätte als deren empirisch belegten bisherigen Strukturschwächen. Die Ergänzung der fortschreitenden Polarisierung zwischen armen und reichen Regionen durch eine Polarisierung zwischen Wachstumsregionen und mehrheitsgesellschaftlich legitimierten „Überlebensregionen“ untergraben die soziale bzw. sozialräumliche Integration nachhaltig. Die verbreitete Annahme, dass sich die Regionen mittelfristig vollständig entleeren, verdeckt drei Tatsachen: Zum einen werden die Abwanderungsrisiken von den verbleibenden Menschen zunehmend exklusiv getragen, während die Migrationsgewinne in den Zuwanderungsräumen verbucht und reinvestiert werden. Zum anderen müsste eine mittelfristig vollständige Entleerung politisch erzeugt werden, was dem Prinzip der Freizügigkeit widerspricht. Drittens übersieht diese Position ländliche Entwicklungsinitiativen, die bereits in Gang kommen bzw. mittelfristig aktiviert werden können.

Ein *viertes Fazit* lautet: Der hier vertretene Entwicklungsansatz für alle ländlichen Räume, der mit integrationsfördernden Ausgleichspolitiken verbunden wird, bedarf ausgehend vom Paradigma differenzierter ländlicher Räume der Konkretisierung. Aufgrund der historisch entstandenen Vielgestaltigkeit ländlicher Räume, die durch spezifische soziale, ökonomische und ökologische Ressourcen und, wie argumentiert, durch die in ihnen unterscheidbaren Aktivitäten bestimmt werden, sind auch differenzierte ländliche Entwicklungspfade zu unterscheiden. Auch dieser Aspekt ist in der theoretischen und politischen Diskussion (vgl. Dax 2007, www.euromontana.org/Doc/Rodez_Final_Report_2005_DE.pdf). Er wird aber auch nicht selten auf förderfähige Wirtschaftssektoren in einem Gebiet reduziert, während die Sicherung der Daseinsvorsorge häufig als Kostenproblem diskutiert wird, obwohl sie, wie von den Verfasserinnen vertreten, neben ihrer innovativen sozialen Gestaltung gezielt als Ausgangspunkt für mögliche wirtschaftliche Impulse im ländlichen Raum genutzt werden könnte. Die empirischen Analysen deuten darauf hin, dass es analog zu den Erfahrungen mit städtischen Technologie-Clustern möglich ist, die Entwicklung von dezentralen flexiblen Dienstleistungssystemen unter Nutzung moderner nachhaltiger Technologien in dafür geeigneten ländlichen Räu-

men zu „konzentrieren“. Der Ausbau einiger regionaler Netzwerke zu *ländlichen Kompetenznetzen* für landbezogene soziale, technologische und ökologische Innovationen erscheint dafür ein geeigneter Weg. Dies kann nicht mehr im begrenzten finanziellen und organisatorischen Rahmen der Leader- bzw. der Agrarpolitik geschehen. Derartige Entwicklungspolitiken müssten um erhebliche Mittel der Wirtschaftsförderung erweitert werden. Sie sind im Kern aber viel mehr als reine Wirtschaftsentwicklung, was eine entsprechende fördertechnische Anbindung nötig macht. Die Nähe von Produzenten- und Konsumentenkompetenzen ist in ländlichen Netzwerken häufig schon gegeben. Sie sind am Maßstab städtischer Wirtschaftskluster um Verbindungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen zu erweitern. Ländliche Kompetenznetze sind neben dem Vorsorgebereich auch im gewerblichen Sektor zu stärken. Dies betrifft insbesondere die moderne, kundenorientierte Verarbeitung von Qualitätsprodukten aus dem biologischen bzw. integrierten Landbau. In welchen der ländlichen Raumtypen dies über die Einzelfälle hinaus eine stärkere ökonomische Rolle spielen kann, ist empirisch offen. Die Fallbeispiele Uckermark und Wendland zeigen jedoch, dass es für den Bereich der Daseinsvorsorge bzw. für dezentrale Energiesysteme bereits ländliche Regionen mit entsprechenden entwicklungsfähigen Bildungsressourcen, Netzwerken und Aktivitäten gibt.¹⁴ Ähnlich verhält es sich in anderen Regionen in Bezug auf Kinderbetreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten, die der Abwanderung entgegenwirken. Welche der regionalen Problemfelder also im oben dargestellten Sinn offensiv auch als ökonomisch tragfähiger Entwicklungspfad einer Region konzipiert werden sollen, lässt sich nur auf der Basis von Stärken-Schwächen-Analysen bestimmen. Begleitende Forschungen können davon ausgehend Profile ländlicher Entwicklungen typisieren, die sich aus dem Vergleich des ländlichen Wandels ergeben. Die öffentliche Diskussion solcher Entwicklungsprofile würde ihrerseits regionale Aktivitäten bestärken, das Image ländlicher Regionen angemessen verbessern und verhindern, dass das berühmte Rad in jeder Region kräftezehrend neu erfunden wird.

Anmerkungen

(1) „Leader“ bezeichnet drei aufeinander folgende Förderprogramme der EU, die letzte Stufe Leader+ lief bis 2006. Ab 2007 ist Leader nicht als eigenständiges EU-Förderprogramm, sondern als zu fördernde Methode in Form einer 4. Säule im ELER-Programm konzipiert (vgl. Anm. 12). Die Bezeichnung Leader steht für die französische Fassung von: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft.

(2) „Regionen aktiv – Land gestaltet Zukunft“ ist ein Förderprogramm des BMELV für den Zeitraum 2002–2007, das Projekte für eine erfolgreiche Regionalentwicklung in 18 Modellregionen unterstützt.

(3) „ILE“ (Integrierte ländliche Entwicklung) ist das neue Förderprogramm des BMELV für alle ländlichen Räume seit 2004 und eine Förderinitiative der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe GAK.

(4) Die Arbeitsplätze werden in Vollzeitäquivalenten zu 40 Stunden pro Woche berechnet.

(5) Diese Kurzform für lokale bzw. regionale Aktionsgruppen hat sich im Leader-Prozess eingebürgert. Im Rahmen von Regionen Aktiv werden solche Gruppen „Regionale Partnerschaft“ genannt.

(6) In der Halbzzeitbewertung von Leader+ in Niedersachsen wird für 2004 festgestellt, dass von den ursprünglich 128 erwarteten neuen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen lediglich 8 erreicht wurden (MCON 2005, S. 18).

(7) Die empirischen Analysen wurden im Rahmen des Forschungsprojekts „Akteursnetze nachhaltigen Wirtschaftens zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Politik“ durch das Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) gefördert.

(8) Das betrifft die Lokalen Aktionsgruppen Spreewald und Dahme-Heideblick.

(9) Unter der Bezeichnung Regionalmanagement werden Koordinationsleistungen für regionale Projektarbeit durch unterschiedliche Fördereinrichtungen gefördert, die sich wechselseitig überschneiden können.

(10) Beide Bezeichnungen werden je nach Förderprogramm benutzt.

(11) Die Verfasserinnen verdeutlichen entsprechende Konflikte am Beispiel der Flusslandschaft Elbtalaue an derer Stelle (vgl. Segert/Zierke 2006).

(12) „ELER“ bezeichnet das aktuelle Förderprogramm der EU für den ländlichen Raum 2007–2013 (vgl. EU 2005).

(13) Dies gilt möglicherweise nicht in jedem einzelnen Gebiet, wenn man den Maßstab einer teilsräumlich organisierten Lokalen Aktionsgruppe oder den isolierter Landkreise anlegt. Eine Gesamtanalyse dazu liegt jedoch nicht vor, voreilige Schlüsse bezogen auf spezielle Raumtypen sollten daher vermieden werden.

(14) Entwicklungsfähige regionale Ansätze im Ernährungsbereich sind ebenfalls empirisch belegt (vgl. Segert/Zierke 2004, Schäfer/Nölting 2005).

Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung – ARL: Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretiert. – Hannover 2006. = ARL-Positionspapier Nr. 69
- Barlösius, Eva: Gleichwertig ist nicht gleich. Aus Politik u. Zeitgeschichte (2006) H. 37, S. 16–23
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. – Bonn 2004. = Berichte, Bd. 17
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.): Raumordnungsbericht 2005. – Bonn 2005 (a). = Berichte, Bd. 21
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. – Bonn 2005 (b). = Werkstatt: Praxis, H. 38
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR (Hrsg.): Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse? Themenheft. Inform. z. Raumentwicklung (2006) H. 6/7
- Benz, Arthur; Fürst, Dietrich; Kilper, Heiderose; Rehfeld, Dieter: Regionalisierung. – Opladen 1999
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – BMELV: So haben ländliche Räume Zukunft. REGIONEN AKTIV: Ergebnisse 2002–2005 und Neuer Ansatz bis 2007. – Bonn 2006 (a)
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – BMELV: Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007–2013. – Bonn 2006 (b)
- Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Soziale Ungleichheiten. Hrsg.: Kreckel, Reinhard. – Göttingen 1983, S. 83–198
- Brockfeld, Henning: Regionen im Wettbewerb unter dem Gesichtspunkt ihrer Standortqualität. – München 1997
- Dax, Thomas: Szenarien der Entwicklung der Berggebiete in Europa. In: Zeitreisende im ländlichen Raum. Hrsg.: Oedl-Wieser, Theresa. – Wien, Bundesanstalt für Bergbauernfragen 2007. = Forschungsberichte Nr. 57, S. 11–24
- Dörre, Klaus; Röttger, Bernd: Die erschöpfte Region. – Münster 2005
- Dwyer, Janet; Eaton, R.; Ten Brink, P.; Mills, E.; Wilkinson, D.; Bate, R.: Europe's Rural Futures. The Nature of Rural Development II. WWF Europe. – London 2003
- Europäische Union – EU: EUREK. Europäisches Raumentwicklungskonzept. – Luxemburg 1999
- Europäische Union – EU: Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raums (Leader+). – Brüssel 2000
- Europäische Union – EU: Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). – Brüssel 2005
- Francois, Patrick: Social capital and economic development. – London 2002
- Fürst, Dietrich: Aufwertung der Region als Ebene gesellschaftlicher Selbststeuerung. In: Zukunft des Raumes. Hrsg.: Zibell, Barbara. – Frankfurt a. M., Berlin, Brüssel 2002, S. 49–69
- Fürst, Dietrich: Regional Governance. In: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen: eine Einführung. Hrsg.: Benz, Arthur. – Wiesbaden 2004, S. 45–64
- Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg – GLL: Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. – Potsdam 2006
- Grabher, Gernot; Ibert, Oliver: Bad company? The ambiguity of personal knowledge networks. Journ. of Economic Geography (2005) Okt., S. 1–21
- Hahne, Ulf: Endogenes Potential. Stand der Diskussion. In: Endogene Entwicklung. Hrsg.: ARL. – Hannover 1984
- Hahne, Ulf: Zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitszieles. Raumforsch. u. Raumordnung 63 (2005) H. 4, S. 257–265
- Hahne, Ulf: Neue Perspektiven für die integrierte ländliche Entwicklung. In: Kritischer Agrarbericht 2006. – Rheda-Wiedenbrück 2006, S. 151–158
- Halhead, Vanessa: The rural Movements of Europe. – Brüssel 2005
- Heintel, Martin: Einmal Peripherie – immer Peripherie? – Wien 1998
- Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung – IUGR: Regionale Entwicklungskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern – ein Überblick. – Neubrandenburg 2002. = Standpunkte Nr. 1
- Kersting, Norbert: Interkommunale Kooperation oder Wettbewerb? Aus Politik u. Zeitgeschichte (2006) H. 21–22, S. 32–38
- Kinsella, Jim et al.: The Driving Forces of Rural Development: A Comparative Analysis. In: Driving Rural Development: Policy and Practice in Seven EU Countries. Eds.: O'Connor, D.; Renting, H.; Gorman, M. and Kinsella, J. – Wageningen 2006
- Knickel, K.; Kröger, M.; Peter, S.: New ways in the management and valorisation of natural resources? Results of a comparative analysis of a sample of agriculture-environment projects of the Regional Action programme in Germany. In: Changing European farming systems for a better future: New visions for rural areas. Eds.: Langeveld, H.; Röling, N. – Wageningen 2006, S. 414–418
- KoRiS: Regionales Entwicklungskonzept Elbtalaue. – Hannover 2001
- Krönert, Steffen; Medicus, Franziska; Klingholz, Reiner: Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? – München 2006
- Land, Reiner; Willis, Andreas: Schrumpfung – Raumordnung oder Gesellschaftsordnung? Berliner Debatte Initial (2006) H. 5, S. 54–64
- Laschewski, Lutz; Neu, Claudia: Das soziale Dorf (2006; www.mv-regierung.de/lm/news/download/ Studie zur Aktion Das aktive und soziale Dorf-Internet.pdf.)

- Ludwig, Jürgen: Die neue Planungskultur in der Regionalentwicklung – eine Spurensuche. *Raumforsch. u. Raumordnung* 63 (2005) H. 5, S. 319–329
- Marsden, Terry; Murdoch, Jonathan; Lowe, Philip; Flynn, Andrew: *Constructing the countryside*. – London 1993
- MCON Dieter Meyer Consulting: *Gemeinschaftsinitiative Leader+ Halbzeitbewertung 2000–2006 für Niedersachsen*. – Oldenburg 2003
- MELFF (Hrsg.): *Aktualisierung der Halbzeitbewertung LEADER+ in Mecklenburg-Vorpommern*. – Eberswalde 2005
- MLUV: *Das Land hat Zukunft. Leader+ in Brandenburg*. – Potsdam (o.J.)
- Nölting, Benjamin; Schumacher, Ulrike: Visionen auf dem Boden der Tatsachen. *Berliner Debatte Initial* (2006) H. 1–2, S. 167–180
- OECD: *Das neue Paradigma für den ländlichen Raum. Politik und Governance*. – Paris 2006
- Pieper, Richard: Regionen und Regionalismus: Die Wiederentdeckung einer räumlichen Kategorie in der soziologischen Theorie. *Geogr. Rundschau* (1987) H. 10, S. 534–539
- Plankl, Reiner; Schrader, Helmut: Zwischenbewertung ländlicher Entwicklungsprozesse in Deutschland: Konzeption und ausgewählte Ergebnisse. In: *Beiträge zum Winterseminar vom 21. bis 28. Februar 2004 in Matri, Osttirol*. – Braunschweig 2004, S. 125–146
- Ploeg, Jan D. van der; Long, Ann; Banks, Jo: *Living Countrysides. Rurale development processes in Europe: The state of the art*. – Doetinchem 2002
- Porter, Michael: *Clusters and the New Economics of Competition*. *Harvard Business Review* (1998) Nov., S. 77–90
- Powell, Walter W.: Weder Markt noch Hierarchie: Netzwerkartige Organisationsformen. In: *Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik*. Hrsg.: Kenis, Patrick; Schneider, Volker. – Frankfurt a. M. 1996, S. 213–272
- Prognos AG: *Stille Stars. Handelsblatt Sonderdruck*. – Düsseldorf 2004
- Reißig, Rolf; Thomas, Michael (Hrsg.): *Neue Chancen für alte Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen*. – Münster 2006
- Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel – RPG: *Regionalplan Prignitz-Oberhavel (Entwurf)*. – Neuruppin 2000
- Sarcinelli, Ulrich; Stopper, Jochen: Demographischer Wandel und Kommunalpolitik. *Aus Politik u. Zeitgeschichte* (2006) H. 21–22, S. 3–10
- Schäfer, Martina; Nölting, Benjamin: Was trägt die Biobranche zu „Zukunftsfähigem Wohlstand“ in Berlin-Brandenburg bei? In: *Beiträge zur 8. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau vom 1. bis 4. März 2005 in Kassel*. Hrsg.: Heß, J.; Rahmann, G., 2005, S. 419–422
- Scharff, Reinhard: *Regionalpolitik und regionale Entwicklungspotentiale: eine kritische Analyse*. – Frankfurt a. M. 1993
- Scheer, Günther: *Eigenständige Regionalentwicklung: Ziele, Strategien und Erfahrungen mit einem neuen Konzept der regionalen Entwicklungsarbeit*. *Österr. Z. f. Soziologie* (1983) H. 3, S. 135–143
- Schöne, Helmut: *Regionalpolitische Konzepte und Strukturwandel ländlicher Räume*. – Berlin 1997
- Segert, Astrid; Zierke, Irene: *Ländliche Netzwerke. Institutionalisierungsprozesse und Milieuformationen*. – Opladen 2004
- Segert, Astrid; Zierke, Irene: Regionale Ungleichheiten aus der Perspektive nachhaltiger Regionalentwicklung. *Das Beispiel ländlicher Räume*. – Potsdam 2005
- Segert, Astrid; Zierke, Irene: Regionalpolitische Profilierung der Förderinstrumente für die ländliche Entwicklung. *Sozialwiss. Journal* (2006) I, S. 79–100
- Spangenberg, Joachim H. (Hrsg.): *Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland*. – München 2003
- Stiens, G.: Strukturgefährdete ländliche Räume im Gefüge interregionaler Disparitäten unter Berücksichtigung alternativer Verläufe künftiger Regionalentwicklung. In: *Ländlicher Raum im Abseits*. Hrsg.: de Haen, H; Isermeyer, F. – Kiel 1990, S. 40–53
- Thomas, Michael; Woderich, Rudolf: Regionale Disparitäten und endogene Bildung neuen Sozialkapitals. *Berliner Debatte Initial* (2006) H. 5, S. 77–89
- www.spreewald-erlebnis.de (21.12.2006)
- www.euromontana.org/Doc/Rodez_Final_Report_2005_DE.pdf (21.12.2006).

Dr. Astrid Segert
Institute for Advanced Studies
Department of Sociology
Stumpergasse 56
A – 1060 Wien
E-Mail: segert@ihs.ac.at

Dr. Irene Zierke
Universität Potsdam
Funktionsstelle Sozialstrukturanalyse
August-Bebel-Straße 89
14482 Potsdam
E-Mail: zierke@uni-potsdam.de